

Tagesordnungspunkt 18

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Westend/Bleichstraße am 08. Juni 2011

Fluglärm verringern

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Ortsbeirat protestiert gegen die zunehmende Fluglärmbelastung im inneren und äußeren Westend, der Wiesbadener Innenstadt und der gesamten Rhein-Main-Region durch den Ausbau des Flughafens Frankfurt und die dadurch veränderten Flugrouten.

Der Ortsbeirat erklärt sich auch mit den Menschen noch stärker belasteter Siedlungsbereiche der Region solidarisch. Veränderungen des Flugbetriebs bzw. der Flugrouten über Wiesbaden dürfen nicht zu einer Mehrbelastung anderer Gebiete führen.

Der Magistrat wird aufgefordert, bei allen zuständigen Stellen unter Nutzung aller möglichen Instrumentarien und gemeinsam mit den anderen betroffenen Kommunen der Region sich dafür einzusetzen, dass die Fluglärmbelastung des Westends, Wiesbadens und der gesamten Rhein-Main-Region deutlich reduziert wird, indem ...

- seitens der Deutschen Flugsicherung **die Regelflughöhe von 2.400 m** über Wiesbaden u.a. für den nördlichen Gegenanflug bei Betriebsrichtung OST eingehalten wird. Das im Auftrag des Umweltdezernats erstellte **Gutachten des Fluglärmdienstes** ist hierbei eine wichtige Argumentationsgrundlage
- die Einführung des **Landeanflugs im Gleitflug (CDA) sowie Steilstartverfahren** umgesetzt werden
- die **Überarbeitung der Flugrouten** mit dem Ziel einer möglichst geringen Belastung der Bevölkerung des Rhein-Main-Gebiets erfolgt
- die Verfahren der Routenfestlegung so gestaltet werden, dass eine Beteiligung der Öffentlichkeit und eine wirksame rechtliche Überprüfung ermöglicht werden
- die Hessischen Landesregierung diese Forderungen durch Aktivitäten im Bundesrat unterstützt und das versprochene Nachtflugverbot am Flughafen Frankfurt unverzüglich umsetzt
- durch eine Novellierung des Luftverkehrsgesetzes (Bundestag) die Flugsicherung endlich gleichrangig auf Verkehrssicherheit **und** Lärmschutz verpflichtet ist

Protokollnotiz Nr. 0058

Aus Zeitgründen wird die Behandlung des Beratungsgegenstandes bis zur nächsten Sitzung
am 24. August 2011 vertagt.

+

+

Verteiler:

100230 z.w.V.

Bischoff
Ortsvorsteher